

II- 1907 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des NationalratesXIII. Gesetzgebungsperiode

Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft
Zl. 79.660-G/72

Wien, am 4. Dezember 1972

841 /A.B.

zu 849 /J.

Präs. am 14. Dez. 1972

Beantwortung

der schriftlichen parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Meißl und Genossen (FPÖ), Nr. 849/J, vom 24. Oktober 1972, betreffend Siloverzichtszuschlag.

Unter Bezugnahme auf einen von der Freiheitlichen Bauernschaft Österreichs eingebrachten Antrag auf Erhöhung des Siloverzichtszuschlages richten die Fragesteller an mich folgende

Anfrage:

Welchen Standpunkt vertreten Sie, bzw. befürworten Sie eine positive Erledigung des gegenständlichen Antrages?

Antwort:

Voraussetzung für eine bestmögliche Versorgung des Inlandsmarktes mit qualitativ hochwertigem Hartkäse und für die Erhaltung der traditionellen Exportmärkte ist die Produktion ausreichender Mengen hartkäsetauglicher Milch. Zur Aufrechterhaltung einer solchen Produktion, die in den Berggebieten unter besonders schwierigen Bedingungen erfolgt, halte ich die Gewährung eines Siloverzichtszuschlages in angemessener Höhe für erforderlich. Aus diesem Grund habe ich vor weniger als zwei Jahren eine Erhöhung des Siloverzichtszuschlages von 18 auf 30 Groschen, also um zwei Drittel, verfügt.

Wie bekannt, wurde in der allerletzten Zeit durch eine entsprechende Anhebung des Erzeugermilchpreises der Steigerung der allgemeinen Produktionskosten Rechnung getragen. Die daraus resultierende Preiserhöhung der Konsummilch und der Erzeugnisse aus Milch wird nicht ohne Auswirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit dieser Produkte sowohl auf dem Inlandsmarkt als auch beim

- 2 -

Export bleiben. Darüber hinaus muß bedacht werden, daß jede Erhöhung des Erzeugermilchpreises Anreiz zu einer vermehrten Milchanlieferung gibt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit verstärkter Marktentlastungsmaßnahmen, die ihrerseits wieder nicht ohne Rückwirkungen auf den Erzeugererlös bleiben können. Aus diesen Gründen und mit Rücksicht auf die Bemühungen der Wirtschafts- und Sozialpartner um Stabilisierung des Lohn- und Preisniveaus können weitergehende preisliche Maßnahmen derzeit nicht verantwortet werden.

Der Bundesminister:

